

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wahlsieg an der Unterelbe.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg. — Antwort auf Tannenbergs Rede.

Altona, 26. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurde in Altona, Harburg und Wandsbek zu den Stadtordegnenversammlungen neugewählt. Das Ergebnis zeigt überall einen erfreulichen Aufschwung der sozialdemokratischen Stimmen, während sämtliche bürgerlichen Parteien, und zwar insbesondere die Nationalsozialisten, verhältnismäßig starke Rückgänge zu verzeichnen haben. Auch die Kommunisten haben überall verloren. Das hindert sie natürlich nicht, in ihrer Presse das Gegenteil zu behaupten. Man liest eben gewohnheitsmäßig.

In Altona

wurden bei einer Wahlbeteiligung von 71 Proz. der Wahlberechtigten insgesamt 113.310 gültige Stimmen gegen rund 106.500 Stimmen am 4. Mai 1924 abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemokratie 43.036 gegen 33.387 Stimmen oder 25 Mandate gegen 18 in dem früheren Stadtparlament. Die Kommunisten erhielten 18.537 (19.211) Stimmen mit 11 Mandaten (10). Die Demokraten gingen von 11.637 bei den Wahlen im Mai 1924 (7) auf 6.423 (3) zurück. Am stärksten verloren die Nationalsozialisten, die von ihren 9.363 Stimmen bei der letzten Wahl nur noch ganze 1.980 reiten konnten und statt bisher 5 jetzt nur noch mit einem einzigen Vertreter in das Stadtparlament einzziehen.

Die Verluste der Rechtsparteien sind insofern nicht ganz klar festzustellen, als sie bei den letzten Wahlen gemeinsam marschierten, während sie für den gestrigen Sonntag getrennte Listen aufgestellt hatten. Dabei erhielt die Volkspartei 9.918 Stimmen oder 5 Mandate, die gleiche Mandatsziffer entfiel bei 8.530 Stimmen auf die Deutschnationale Partei. Die Bürgervereinsliste vereinigte 16.834 Stimmen gegen 28.174 Stimmen bei der letzten Wahl auf sich. Ihre Mandatszahl beträgt 10 gegen früher 12. Die Wirtschaftspartei, die zum erstenmal auftrat, erhielt 1.851 Stimmen oder 1 Mandat, während der bereits bei den früheren Wahlen aufmarschierte Wirtschaftsbund 3.464 Stimmen auf 1.272 Stimmen zurückging und infolgedessen kein Mandat erhielt. Leer gehen auch die Aufwertungsgruppe, Zentrum und ebenso die linken Kommunisten (Urbahngruppe) aus. Die

Aufwertungsgruppe erhielt 1.141 Stimmen, das Zentrum 1.100, die linken Kommunisten vereinigt nur 364 Stimmen auf ihre Listen.

Bei einem Vergleich mit dem früheren Stand ist zu berücksichtigen, daß durch die Eingemeindung von Teilen des Kreises Pinneberg die Zahl der Mandate etwas größer als früher ist. Lediglich die Sozialdemokratie hat die Zahl ihrer Stimmen und ihrer Sitze im Stadtparlament nicht nur dementsprechend vermehrt, sondern noch darüber hinaus einen wesentlichen Machtzuwachs erzielt.

In Wandsbek

konnte die Sozialdemokratie ähnlich wie in Altona ihre Stimmen und damit ihre Mandatsziffern steigern. Statt bisher 12 Sitze erhielt sie jetzt 15 Mandate bei 8.241 Stimmen. Die SPD. verlor an Stimmen, konnte jedoch ihre Mandatsziffer halten. Die vereinigten bürgerlichen Parteien, zu denen die Demokraten — sie erhielten 2 Mandate — nicht zählen, gingen von 18 auf 14 Sitze zurück. Die Späterer erhielten 1 Mandat.

In Harburg-Wilhelmsburg

erhielt die Sozialdemokratie mit 24.131 Stimmen 23 Mandate, auf die SPD. entfielen mit 9.312 Stimmen 9 Mandate und auf die Demokraten mit 2.524 Stimmen 2 Mandate. Auch das Zentrum konnte mit 11.277 Stimmen 1 Mandat erzielen. Auf die bürgerliche Einheitsliste entfielen 7.764 Stimmen oder 7 Mandate, die Haus- und Grundbesitzer erhielten 3.577 Stimmen oder 3 Mandate, und die Handwerker 3.303 Stimmen mit ebenfalls 3 Mandaten. Die Mieter holten sich nur ein Mandat.

Ein Vergleich mit den früheren Wahlergebnissen ist insofern nicht ohne weiteres möglich, als Harburg und Wilhelmsburg bisher getrennt gewählt haben. Die bisher vorhandene absolute Mehrheit der SPD. in Harburg ist infolge der Eingemeindung verlorengegangen, obwohl die Sozialdemokratie ihre Stimmen um 22 Proz. vermehren konnte. Eine ausgesprochene Linksmehrheit ist trotzdem gesichert. Die Sozialdemokratie zählt auch jetzt in Harburg allein wesentlich mehr Mandate als sämtliche bürgerlichen Parteien zusammen.

Das Echo von Tannenbergs Rede.

Scharfe Ministerreden in Frankreich und Belgien.

Paris, 26. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurden wieder in Frankreich eine ganze Reihe von Kriegerdenkmälern eingeweiht, durch Poincaré allein drei. In seinen Reden befaßt er sich jedoch mehr mit lokalen Ereignissen. Dagegen ging Justizminister Barthou auf die Kriegsschuldfrage ein. Er führte dabei nach den amtlichen Berichten wörtlich aus:

„Es gibt Dementis, die die Geschichte nicht annimmt, und die, aus welchem Grunde sie auch kommen mögen, nicht gegen die Wahrheit der Tatsachen, der Dokumente und der Daten aufkommen können. Die Verantwortlichkeiten, die wir noch so gut im Gedächtnis haben, sprechen zu laut aus unserem verwüsteten Boden, als daß eine Ableugnung, die ebenso feierlich wie ungeschickt ist, ihre unauferlegbare Zeugenschaft erschüttern könnte.“

Wenn das Deutschland von 1914 wirklich ein reines Herz gehabt hätte, hätte es mit einem Wort oder einer Geste durch Annahme des angebotenen Ausgleichsversuches jede Kriegsgefahr bannen können, die im Gegenteil durch seine auf Grund falscher Nachrichten beschlossene Mobilmachung provoziert, verschärft und beschleunigt wurde.

Wir wollen den Frieden, wir wollen ihn mit einem Willen, dessen weitberzige Aufrichtigkeit unsere bereits bewilligten Opfer befähigen. Aber wir können nicht ohne schändliche Gewissenlosigkeit auch noch die Wahrheit opfern. Diese Wahrheit ist unsere Kraft, denn sie ist unsere Ehre. Sie wird niemals dementiert oder entstellt werden können. Die notwendige Annäherung, die der Friede der Welt verlangt, fordert als Vorbedingung das Stillschweigen, das wir ohne Schwierigkeiten innehalten werden. Aber

nur für diesen Preis des Stillschweigens — ist er denn so hoch und schwer? — können wir versuchen zu vergehen.

Unkluge Rehabilitierungsversuche laufen Gefahr, in der öffentlichen Meinung nur allzu leicht die Form von Herausforderungen anzunehmen.“

In der Nähe von Reg hielt General Hirschauer eine Denkmalsrede, in deren Verlauf er das Stresemann-Interview im „Matin“ als außerordentlich schamlos bezeichnete.

Brüssel, 26. September. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Jaspers sagte bei der Einweihung eines Denkmals für den katholischen Staatsmann Bernaert in Ostende u. a.:

„Bernaert, der sich sehr um die Festigung des Friedens in Europa bemüht hat und von so tiefem Glauben daran erfüllt war, ist der beispiellose Schmerz erpart geblieben,

das Verbrechen, das „reinen Herzens“ begangen wurde von denen, die unsere Neutralität verletzt haben, mitzuerleben.“

Er hat nicht die furchtbare Lage erlebt, in denen die Invasion derer „mit den reinen Händen“ unser unschuldiges Vaterland der Brandstiftung, dem Mord und der Verwüstung ausgeliefert hat. Er hat die unentschuldigten Putschierungen von Frauen, von Greisen und selbst von Kindern in der Wiege nicht kennengelernt. Sein Herz krampfte sich nicht zusammen angesichts des systematischen Raubes unserer industriellen Ausrüstung. Er erlebte weder Löwen noch Biffe, noch Tanines, noch Aerschot, noch Dinant. Er hat nicht mehr mit Augen, die vor Entsetzen brannten, den langen Zug unserer Mitbürger davonziehen sehen müssen, die wie Sklaven zu Tausenden deportiert wurden.

Auch die letzte Prüfung blieb ihm erspart, sein geliebtes Vaterland gegen den Haß und die Verleumdung verteidigen zu müssen, die hartnäckig und unermüdet bemüht sind, mit den üblen Dünsten der Lüge und des Hebelwollens Heroismus und Leiden zu trüben.“

Infolge dieser Rede Jaspers soll die Genfer Besprechung Stresemann-de Broquiere, die für heute vormittag geplant war, abgesagt worden sein. In dieser Besprechung sollte die gemeinsame deutsch-belgische Erklärung fertiggestellt werden, worin man auf die unparteiische Untersuchung des sogenannten Frankfurterkrieges von 1914 für jetzt verzichtet.

Taifunkatastrophe in China.

5000 Opfer.

London, 26. September.

Nach Zeitungsmeldungen ist die Gegend von Jung-fong, 150 Meilen südwestlich von Hongkong, von einem mit einer Springflut verbundenen Taifun heimgesucht worden. 5000 Personen sind ums Leben gekommen. 20 000 Häuser und Hunderte von Dörfern wurden zerstört.

Unwetter auch in der Schweiz.

Basel, 26. September.

Hochwasser- und Unwetterkatastrophen haben während der beiden letzten Tage in der östlichen und südlichen Schweiz schwere Schäden angerichtet. In Lavagnas ertranken acht Personen. Im See von Lugano ging ein Dampfer unter, der vom Sturm an den Quai geschleudert wurde. Mehrere Brücken wurden fortgerissen. Der Verkehr auf großen Bahnhöfen mußte eingestellt werden. Das Hochwasser ist im Abflauen. (Weitere Meldungen in der Beilage.)

Schöner Ausklang von Genf!

Der unvermeidliche Wiederhall der Hindenburg-Rede.

Das also ist der Ausklang einer vierwöchigen Völkerbundtagung, auf der die Außenminister aller Locarno-Mächte in enger Verbindung miteinander standen! Man müßte annehmen, daß das Ergebnis einer solchen mehrwöchigen Führungnahme eine weitere Annäherung zwischen den Völkern sein würde. Weit gefehlt! Es werden statt dessen scharfe Reden gehalten, in der alte Beschuldigungen abermals erhoben werden, worauf natürlich von deutscher Seite nicht minder scharfe Antworten erfolgen. Die nationalistische Presse beider Länder ist wieder gottlob in ihrem Element, wie in den schlimmsten Kriegs- und Nachkriegsjahren.

Und warum das alles? Weil der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik, nicht den Mut hatte, gegen eine im höchsten Grade überflüssige und schädliche Stelle in der Tannenbergs-Rede des Reichspräsidenten v. Hindenburg Einspruch zu erheben. Ihm hat dieser Mut gefehlt, weil er sich deutschnationalen Angriffen nicht aussetzen wollte, weil er befürchtete, daß seine deutschnationalen Ministerkollegen die Tatsache seines Einspruches gegen eine Kriegsschuldfrage um so schärferes Tadel, als er genau wußte, welches Echo diese Kundgebung erwecken würde. Daß diese Erklärungen Hindenburgs nicht nur schädlich, sondern auch überflüssig seien, das wußte Stresemann am allerbesten.

Denn er selber hatte sich bereits auf den durchaus richtigen Standpunkt gestellt, daß jede Antikriegsschuldaktion überflüssig geworden sei, weil die ehemals feindlichen Regierungen innerlich die einseitige Beschuldigung des Art. 231 längst preisgegeben hätten. Er ist es gewesen, der mit vollem Recht im September 1926 in Genf das Wort prägte, daß nach der begeisterten Aufnahme Deutschlands im Völkerbund durch die Delegationen aller ehemals feindlichen Staaten die unwahre Behauptung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands faktisch fallengelassen worden sei. Er wußte aber andererseits sehr wohl, daß jeder Versuch Deutschlands, eine förmliche Zurücknahme des Artikels 231 zu erzwingen, nur seine Befristung zur Folge haben würde.

Das war der Standpunkt Stresemanns zu einer Zeit, als er eine vernünftige Reichsregierung vertrat, die wirklich die Völkerverständigung erstrebte. Jetzt, als Außenminister der Rechtsregierung, macht er wider bessere Ueberzeugung gefährliche Konzessionen an jene Propaganda, die unter dem Vorwand, das deutsche Volk reinzuwaschen, in Wirklichkeit die Rehabilitierung der hohenzollernschen Politik betreibt.

Deshalb lehnen wir es ab, im einzelnen zu den Reden Barthous, Poincarés und Jaspers Stellung zu nehmen, und mögen sie zum Teil noch so scharfe Erwiderung verdienen, zumal namentlich die beiden französischen Minister wahrhaftig nicht als Unschuldengel vor der Geschichte dastehen. Aber in diesem speziellen Fall liegt die Schuldfrage klar vor allen Augen: Hier ist es unzweifelhaft Deutschland gewesen, das angefangen hat, das diese Debatte entfesselt, ja provoziert hat. Es ist deshalb ein starkes Stück, wenn das Auswärtige Amt durch WTB. — ganz wie in Kriegzeiten — der Rede Barthous eine „Anmerkung“ folgen läßt, in der dem französischen Justizminister ironisch vorgeworfen wird, er hätte seine Mahnung vom süßernen Reden und vom goldenen Schweigen nicht selber befolgt. Diese Mahnung hätte Stresemann mit allem nötigen Respekt, aber mit eben solcher Entschiedenheit in jener Kabinettsitzung aussprechen müssen, in der der Wortlaut der Rede Hindenburgs gebilligt wurde.

Und wenn WTB. in jener „Anmerkung“ dem französischen Justizminister Barthou vorhält, er habe sich gerade zu dem „entscheidenden Punkt“ nicht geäußert, nämlich zu dem deutschen Angebot einer unparteiischen Untersuchung der Kriegsschuld und der Kriegführung, so weiß jeder einsichtige Politiker, daß eine solche Untersuchung, auch wenn sie relativ noch so günstig für Deutschland ausgehen würde, so viel Kriegsleidenschaften aufwirbeln, so viele alte Wunden aufreißen würde, daß damit der Sache des Friedens in keiner Weise gedient wäre. Wenn schließlich aus Genf gemeldet wird, die deutsche Delegation stehe jetzt auf dem Standpunkt, daß nach der Rede Jaspers die bevorstehende deutsch-belgische Einigung über einen einstweiligen Verzicht auf eine unparteiische Untersuchung wieder hinfällig geworden sei, weil die Beschuldigungen Jaspers eine neue Situation geschaffen hätten, so ist auch das eine ebensoviele unkluge wie kurzfristige Stellungnahme: denn wenn es ein Land gibt, auf das die Tannenbergs-Rede von der Unschuld und von den reinen Herzen und Schwertern Deutschlands schon ganz und gar nicht paßt, so war es Belgien. Daß von belgischer Seite eine scharfe Antwort auf die Tannenbergsrede erfolgen würde, war unvermeidlich. Und wenn Deutschland jetzt Belgien gegenüber so tut, als nähme es „übel“ und als wolle es — dreizehn Jahre nach dem aufrichtigen Schuldgeständnis Bethmann-Holweges — seine Unschuld gegenüber Belgien vor einem unparteiischen Ausschuss nachweisen, so ist das glatter Wahnsinn.

Das alles kommt eben davon, wenn man auswärtige Politik mit den Deutschnationalen zusammen machen will!

Geldsackdämme gegen Arbeiterforderungen.

Die rheinisch-westfälischen Industriellen rüsten!

Das Unternehmertum nimmt als unverbrüchliches Recht für sich in Anspruch, möglichst hohe Profite zu machen und deshalb die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Arbeiter möglichst niedrig zu halten. Je niedriger diese, desto höher jene. Das kapitalistische System sucht sich seit der Nachkriegszeit hinter der Wirtschaft zu verchanzen, so daß die Unternehmer es nicht mehr sind, die die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnen, sondern „die Wirtschaft“ ist es, die höhere Löhne nicht zuläßt, sei es, weil die „Wirtschaft“ bei flauer Konjunktur sich erst erholen muß oder aber weil bei flotter Konjunktur die Wirtschaft gefährdet würde, wenn sie durch Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen belastet würde.

Wenn die Unternehmerverbände und die Unternehmerpreise über hohe soziale Lasten schreien, so nicht nur deshalb, weil sie in den Sozialbeiträgen entgangenen Profit erblicken, sondern mit zu dem Zweck, ihr schlechtes soziales Gewissen zu beschwichtigen.

Auch die rheinisch-westfälischen Industriellen wissen sehr wohl, daß ihre Arbeiterschaft sich das Zweischichtensystem auf die Dauer nicht aufhalten lassen kann, daß die Löhne auch zur kümmerlichen Fristung der Existenz der Arbeiterfamilien nicht mehr ausreichen, weil die Lebensmittelsteuerung — zu der eine Steigerung der Wohnungsmiete hinzukommt — die Löhne in ihrer Kaufkraft vermindert hat. Sie wissen das, die Herren, sie wissen, daß die Arbeiter einfach gezwungen sind, einen Ausgleich zu fordern und sie bereiten sich auf ihre Weise darauf vor durch Zusammenschluß zu „Gefahren-gemeinschaften“ und zur Ansammlung von Kampffonds. Die Gefahr, daß die Arbeiterschaft auf ein niedrigeres Existenz-niveau herabgedrückt wird, die gilt dem Unternehmertum nichts. Um so mehr aber die „Gefahr“, daß durch die notwendigen Lohn-erhöhungen die Höhe des Profits bedroht ist.

Die „Gefahren-gemeinschaft“ der rheinisch-westfälischen Industriellen umfaßt, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Essen berichtet wurde, alle Industrien, deren Arbeitgeberverbände in der sogenannten Austauschstelle in Düsseldorf zusammenarbeiten. Neben der Eisenindustrie, Erzeugern wie Verarbeitern, sind auch beteiligt der Bergbau, die Textilindustrie, das Baugewerbe, die chemische Industrie und andere. Die Beteiligung ist nicht sachlich, sondern bezwungenermaßen. In Betracht kommt dabei der engere rheinisch-westfälische Industriebezirk. Zweifellos aber würde im konkreten Falle mit den Arbeitgeberverbänden der anderen Bezirke zu-

sammengearbeitet werden. Die besondere Gefahren-gemeinschaft der Textilindustrie erstreckte sich ja bereits auf fast alle deutschen Textiltentren.

„Die großen Konzerne haben sich bereit erklärt, auf eine Unterstützung aus dem Gefahrenfonds zu verzichten, so daß die von allen Gruppen aufzubringenden Mittel lediglich zur Unterstützung der kleineren und mittleren Betriebe verwendet werden könnten. Die in der genannten Austauschstelle zusammenarbeitenden Verbände dürften circa 1 Million Arbeitnehmer umfassen, so daß bei 5 Mark monatlicher Umlage pro Kopf des angelegten Arbeiters bis zum Jahresende eine erhebliche Summe zusammenkommt.“

Und weshalb diese besondere Rüstung? Es geht in erster Linie um die Durchführung des Dreischichtwechsels. Dem Unternehmern wäre es ja am liebsten, wenn sie die Arbeiter so weit drücken könnten, daß diese sich selber gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wehren müßten, weil sonst ihre Löhne nicht mehr ausreichen. Da man zu diesem Ränderer kaum ein Duzend Gelde finden würde, werden die rheinisch-westfälischen Industriellen, wenn es durchaus nicht anders geht, sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit vertraut machen, da diese ja nach ihrem Willen auf Kosten der Arbeiter geht. Die Herren rechnen damit, daß die Metallarbeiterverbände aller drei Richtungen zum Jahresende eine Lohn-erhöhung fordern zum Ersatz des Ausfalls durch die Arbeitszeitverkürzung. Solche Forderungen seien schon bei den letzten Arbeitszeitverhandlungen gestellt, von den Unternehmern jedoch abgelehnt worden. Diese scheuen nun die „Gefahr“, daß schließlich wenigstens ein Teil der Ausgleichslohnforderungen bewilligt würde. Doch dann — so argumentieren die Gefahren-gemeinschaftler — würden auch die Bergarbeiterverbände mit Lohnforderungen kommen. Um diese „Gefahr“ zu verhüten, sollen die Metallarbeiter samt den Bergarbeitern nichts bekommen. Eine glänzende profitorische Lösung!

Man ist hier im Bezirk fest entschlossen, eine solche neue Verschlebung der Selbstkostenlage nicht hinzunehmen, auch wenn bei der Abwehr Verluste aus einem längeren Produktionsausfall in Kauf zu nehmen wären.“

Die Unternehmer gehen also aufs Ganze. Wenn die unorganisierten Arbeiter noch immer nicht wissen, was sie zu tun haben, wäre es höchste Zeit, es ihnen an diesem Beispiel recht deutlich zu zeigen, damit sie es endlich begreifen.

Bundestag der Bauarbeiter.

J. S. J. Dresden, 26. September. (Eigenbericht.)

Gestern abend wurde hier im Trianonjaal von seinem Vorsitzenden, Genossen Paepflow, der 2. Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes eröffnet. Außer dem Bundesvorsitzenden, dem Ausschuß und zahlreichen in- und ausländischen Gästen sind 282 Delegierte anwesend.

Die Eröffnungssitzung war der Konstituierung des Bundestages und den Begrüßungsansprachen gewidmet. Auf der Tagesordnung stehen, neben den üblichen Berichten usw.: „Gewerkschaften und Arbeitsrecht“, und „Die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft, insbesondere zur Bauwirtschaft“. Auch die

Sicherlegung des Bundes

dürfte zur Sprache kommen.

Alles in allem dürfte der Bundestag eine Tagung erster Organisationsarbeit sein. Schon die kurze Eröffnungssitzung, die zusammengesetzt sich auf das Notwendigste beschränkte, ließ erkennen, daß man in dieser Großorganisation, die jetzt nahezu

400 000 Mitglieder

zählt, mit nüchternen, aber um so größerer Festigkeit zu zielbewusster Organisationsarbeit entschlossen ist.

Nachdem Paepflow die Delegierten und Gäste begrüßt und der Laten gedacht hatte, darunter auch besonders des verstorbenen Reichspräsidenten Genossen Ebert, sprachen die Gäste. Zunächst der sächsische Arbeitsminister Eisner (im Reichsarbeitsministerium war niemand abkömmlich). Zum Schluß Ellinger, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe. Ellinger konnte mit berechtigtem Stolz auf die Entwicklung der Bauhüttenbewegung hinweisen, das Aktium der Sozialisierungsbewegungen nach dem Kriege. Diese Bewegung zeigt am besten, daß die Bauarbeiter Realismus und Idealismus zu verbinden wissen.

Internationales Arbeitsamt.

Der Verwaltungsrat

wird vom 10. bis 15. Oktober seine 37. Tagung in Berlin abhalten. In der Regel tagt der Rat in Genf, doch soll von nun an, wenn möglich, eine Tagung jährlich auswärts stattfinden, um damit eine engere Berührung zwischen dem Rat und den Regierungen der Mitgliedstaaten herbeizuführen.

In Berlin wird vor allem die Tagesordnung der Arbeitskonferenzen von 1928 und 1929 aufzustellen sein. Für die Konferenz von 1928 sind bereits vorgelegen die endgültige Entscheidung über Grundsätze für die Verfahren zur Aufstellung von Mindestlöhnen, ferner die erstmalige Diskussion über Unfallverhütung. Als dritten Gegenstand schlägt das Internationale Arbeitsamt die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen in wirtschaftlich rückständigen Leberländer vor.

Im Jahre 1929 wird eine Tagung für seemannische Sozialpolitik stattfinden. Außerdem wird die Abhaltung einer gewöhnlichen Tagung empfohlen, welche über die Unfallverhütung und Zwangsarbeit endgültig beschließen und außerdem über den Dienstvertrag der Angestellten zum erstenmal verhandeln soll; über diesen Punkt wird dann 1930 die Entscheidung zu fällen sein. Voraussichtlich wird der Rat dem vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programm in wesentlichen zustimmen.

Andere Gegenstände, die der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Berlin erörtern wird, betreffen Erhebungen über die Grundsätze des Arbeitsvertrages; das Einigungs- und Schlichtungsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten; die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten; die Sozialversicherung; Maßnahmen zur Durchführung gewisser Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz usw.

Der Rat besteht aus 24 ordentlichen Mitgliedern, und zwar 12 Vertretern von Regierungen und je sechs Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Von den 12 Regierungsoberleitern werden acht von den wirtschaftlich wichtigsten Staaten bestimmt, auf die vier anderen einigen sich die auf der internationalen Arbeitskonferenz anwesenden Delegierten der Regierungen, mit Ausnahme jener acht, die ständige Sitze innehaben. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter werden auf der Konferenz von den Delegierten jeder der beiden Interessentengruppen bestimmt. Als jezt gehören der Arbeitnehmergruppe des Rates ausschließlich Vertreter der Amsterdamer Richtung an. Außer den ordentlichen Mitgliedern werden Ersatzmitglieder und Stellvertreter bestellt. Deutschland ist im Rat durch je ein ordentliches Mitglied der Regierungs- und der Arbeitnehmergruppe und einem Stellvertreter in der Arbeitgebergruppe repräsentiert.

Zu den Aufgaben des Verwaltungsrates gehören unter anderem: die Festlegung der Tagesordnung der Konferenz; die Bestimmung der Form der Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung der von ihnen angenommenen Übereinkommen; die Ernennung des Direktors des Internationalen Arbeitsamts; die Entscheidung über Herausgabe von Druckschriften in anderen Sprachen als der englischen und französischen; die Mitwirkung bei Beschwerde- und Klageverfahren wegen Nichterhaltung ratifizierter Übereinkommen; die Aufstellung des Budgets des Internationalen Arbeitsamts, über das jedoch der Völkerbund endgültig zu beschließen hat.

Verantwortlich für Text: Richard Bernstein; Bericht: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schützmann; Lokales und Konflikte: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin, SB 66, Lindenstraße 1, 1. Stock.

Zur Urabstimmung bei der Straßenbahn.

Morgen fallen die Würfel.

Die Berliner Straßenbahner stehen heute am Vorabend einer Entscheidung, an der die gesamte Öffentlichkeit Berlins interessiert ist. Morgen fallen die Würfel darüber, ob infolge der kurzfristigen und selbstherrlichen Taktik einzelner Direktoren der Berliner Straßenbahn dieser Betrieb durch einen Streik stillgelegt werden wird oder nicht.

Die Gewerkschaften haben sich bemüht, die Direktion der Straßenbahn zur Einsicht zu bewegen, um den offenen Konflikt zu vermeiden. Alle Mühe war vergeblich. Wenn man die einzelnen Phasen der bisherigen Verhandlungen aufmerksam verfolgt hat, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Direktion den Konflikt absichtlich auf die Spitze getrieben hat. Der tonangebende Direktor Bante hat den Gewerkschaftsvertretern schon bei mehr als einer Gelegenheit erklärt, daß die Straßenbahner von der Gewerkschaft gar nichts wissen wollen und die Gewerkschaftsvertreter höhnisch herausgefordert, doch einen Streik zu proklamieren. Die ewig Unzufriedenen seien nicht die Straßenbahner, sondern nur die Gewerkschaftsvertreter. Er hat den Organisationsvertretern wiederholt selbstherrlich erklärt, daß die Belegschaft der Straßenbahn mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen sehr zufrieden sei.

Jedenfalls fühlt sich dieser Direktor Bante als unbefränkter Herr der Straßenbahn und der Straßenbahner. Wenn man sieht, daß Magistrat und Aufsichtsrat der Straßenbahn diesen Direktor scholten und matten lassen, wie er will, muß man annehmen, daß diese Körperknoten mit der Tätigkeit des Direktors durchaus einverstanden sind.

Daß die Berliner Straßenbahner nicht ganz die geduldigen Schächten sind, wie sie Herr Direktor Bante einschätzt, haben die Vollversammlungen sehr deutlich gezeigt. Die Urabstimmung soll nun beweisen, ob die Empörung der Straßenbahner in den Versammlungen nur ein Strohhalm war oder ob sie echt war. Es gilt für die Berliner Straßenbahner, sich morgen restlos an der Urabstimmung zu beteiligen und sich nicht vor der Entscheidung zu drücken. Jetzt heißt es, Farbe bekennen.

Die Straßenbahner müssen sich auch darüber klar sein, daß sie auf die Einsicht der Direktion nicht rechnen können. Jedenfalls wird der „Vorwärts“, wenn es zum Streik kommt, die

Straßenbahner rückhaltlos unterstützen, nachdem jeder Appell an die Einsicht und Vernunft und jeder Hinweis auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vergeblich gewesen sind.

Die Autoruf A.-G.

Ein Eldorado für weibliche Angestellte!

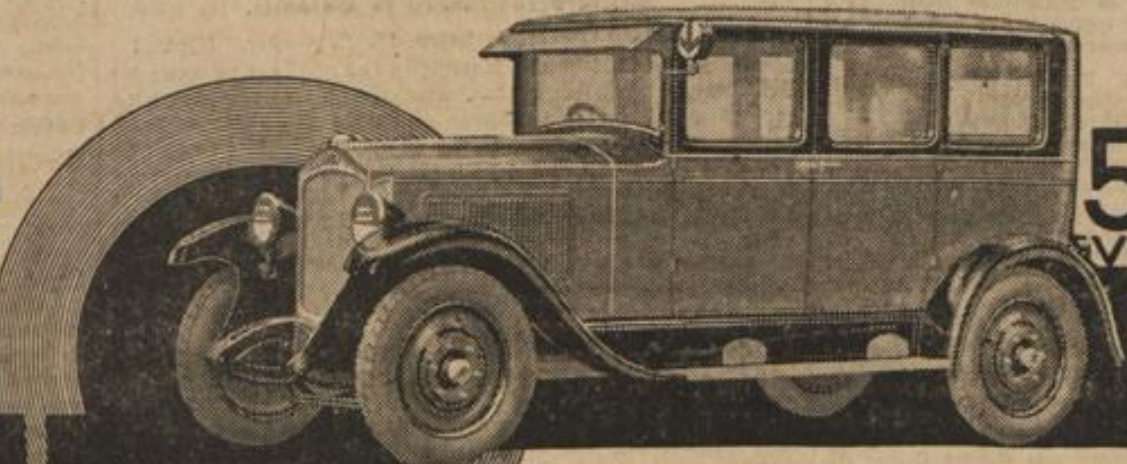
Wie „leicht“ es heute jedem arbeitswilligen und einigermassen gebildeten Menschen wird, durch seiner Hände oder seltenes Kopfes Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben, dafür gibt die Autoruf A.-G. (Tochtergesellschaft der Britag) außerordentlich beachtliche Beweise.

Die Autoruf A.-G. beschäftigt 40 bis 50 Damen im telephonischen Autovermittlungsdienst, und zwar im Tag- und Nachschichtdienst. Die Damen, zum Teil frühere Telephonistinnen aus dem Reichsdienst, haben Dienstzeiten, die von irgendwelchen geschlichen Vorschriften unberührt sind. Zum Beispiel jeden fünften Sonntag haben sie einen freien Tag, trotzdem die Gewerbeordnung (106e) vorschreibt, daß jeder dritte Sonntag absolut dienstfrei zu bleiben hat. Zwischen zwei Schichten (Ende und Beginn) liegt sehr oft nur eine Pause von neun Stunden, während das Gesetz eine solche von elf Stunden vorschreibt usw.

Auch zu der Art der Behandlung der Angestellten wäre gar vieles zu sagen, um so mehr, als der Mitte der zwanziger Jahre alte „Herr Direktor“ keine anderen Kenntnisse und Eignungen mitbrachte als den Borzug, der Sohn seines wohlhabenden Vaters zu sein. Doch über den „guten Ton im Autoruf“ ein andermal. Heute soll der Öffentlichkeit nur kundgetan werden, was neben der ungeschlichen Arbeitszeit im Autoruf zu erwerben ist. Also, die Damen, die neben guten Kenntnissen usw. eine gute Allgemeinbildung mitbringen müssen, für einer psychotechnischen und genauen ärztlichen Untersuchung unterziehen mühen u. v. a. m., erhalten das fürsliche Gehalt von 99 Mark pro Monat. Dieses Gehalt (Bruttogehalt) erhebt die Autoruf A.-G. für den schwierigen Dienst in der telephonischen Vermittlung, auch für den anstrengenden Tag- und Nachdienst so ausreißend, daß sie ablehnte, einen Tarifvertrag für die Angestellten abzuschließen. Die Rat ist ja immer der Verbündete der Reichen, also darf Herr Salomon weiter darauf rechnen, für 99 Mark Bruttogehalt fleißige, gebildete, geeignete und gesunde Angestellte so zahlreich zu finden, daß er Gesetze nicht zu beachten, den üblichen Ton nicht zu mahnen braucht und jedem Angestellten trotzdem die Stellung kündigen kann, wenn er das Unglück hat, einmal zu erkranken.

Der neue
10/40

OPEL



5600 Mk
VIERTÜRIG
4
BREMSE

ADAM OPEL
RUSSELSHEIM

Ein klassisches Erzeugnis aus Deutschlands größter Automobilfabrik! Lassen Sie sich diesen ausgezeichneten Wagen bei einem Opel-Vertreter unverbindlich vorfahren! Prüfen Sie selbst die erstaunliche Zugkraft der Maschine, die jede Steigung spielend meistert! Beachten Sie, wie wunderbar der Wagen, der in seiner eleganten weiträumigen Limousine fünf Personen behaglichen Platz bietet, selbst auf schlechtesten Straßen und in den engsten Kurven seine schnelle Fahrt nimmt! Es ist ein Wagen, der Robustheit und Wirtschaftlichkeit des Vier-Zylinders mit den Eigenschaften eines Sechs-Zylinders verbindet.

